



Medieninformation des Deutschen Juristen-Fakultätentages

25.2.2014 : Universität des Saarlandes, Empfehlungen Wissenschaftsrat

Deutscher Juristen-Fakultätentag wirft dem Wissenschaftsrat Unseriösität vor

Mit Empörung hat der Ständige Ausschuss des Deutschen Juristen-Fakultätentages den Vorschlag des Wissenschaftsrates zur Kenntnis genommen, die Rechtswissenschaftliche Abteilung der Universität des Saarlandes zu schließen. Denn der Vorschlag ist unseriös, unbegründet und geht in der Sache grundlegend fehl.

Der Vorschlag ist ein willkürlicher Angriff auf die seit Jahren hervorragende Juristenausbildung im Saarland. Der Wissenschaftsrat wirft der Juristischen Fakultät vor, dass sie Erfolg hat: Sie produziert mit zu wenig Personal zu viele gute Absolventen. Sie ist international so gut vernetzt wie kaum eine andere. Sie ist die einzige Fakultät in Deutschland, die das saarländische Landesrecht lehrt. Sie setzt auf Grundlagenforschung und steht für Europäisierung und Internationalisierung des Rechts sowohl in den Forschungsfeldern als auch in der Zusammensetzung des hauptamtlichen juristischen Lehrkörpers, zu dem auch ausländische Kollegen zählen. Sie erfüllt gerade dadurch Voraussetzungen, die der Wissenschaftsrat selbst erst vor kurzem als zukunftsweisend bezeichnet hat. Sie eröffnet die Möglichkeit der Doppelqualifikation im französischen und deutschen Recht und bietet ein Modell für eine Juristenausbildung europäischen Zuschnitts.

Der Vorschlag verkennt die Fakten und weckt den Verdacht, in Wirklichkeit ein anderes und gefährliches Ziel zu verfolgen: mittelfristig die Zahl der Rechtswissenschaftlichen Fakultäten in Deutschland zu verringern oder sie auf schlichte Rechtsschulen abzusenken und die rechtswissenschaftliche Forschung im Wesentlichen auf außeruniversitäre Einrichtungen zu konzentrieren. Ein derartiger Ansatz beschädigt die weltweit hoch geachtete deutsche Juristenausbildung, Rechtswissenschaft und Rechtspraxis. Der Deutsche Juristen-Fakultätentag weist daher den unseriösen Vorschlag des Wissenschaftsrats nachdrücklich zurück und fordert die Fortsetzung der erfolgreichen Juristenausbildung im Saarland.